



PETER GUT

STIELVOLLER JAHRESWECHSEL

## ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

## Masslose Beleuchtung

Nicht nur in ländlichen Gebieten, auch vielerorts in der Stadt leiden Bewohner, Tiere und Umwelt unter der beinahe grenzenlos wuchernden Beleuchtungssucht einzelner Hausbesitzer (NZZ 28. 12. 13). Es ist eine regelrechte Moderscheinung geworden, in geschlossenen Hintergevierten mit altem Baumbestand – noch eigentliche Oasen – hell strahlende Rentiere, Lichtgirlanden usw. grenzüberschreitend leuchten zu lassen. Wir sind nicht nur zur Weihnachtszeit betroffen, zur Sommerszeit werfen Scheinwerfer von Dachterrassen weiterhin Licht, strahlen zum Himmel, leuchten Bäume aus, so dass sich unsere Nachttischlampen erübrigen. Dies geht alles über eine gemütliche Beleuchtung auf dem Balkon oder am Gartenfest hinaus. Traurig, dass das respektvolle Mass gerichtlich geregelt werden muss. Versucht man es mit einem nachbarschaftlichen Gespräch, wirkt sich dies erfahrungsgemäss kontraproduktiv aus. Somit begrüssen wir alles, was explizit zum Schutz von Umwelt, Tier und Mensch geregelt wird.

Sonja und Bruno Hilti, Basel

Mit dem kürzlich veröffentlichten Bundesgerichtsentscheid, dass Lichterketten und Illuminationen von Haus und Garten in den Nachtstunden zeitlich nur beschränkt betrieben werden dürfen, wird nun erstmals juristisch ein Eckpunkt gegen die zunehmende Lichtverschmutzung definiert. Das Thema ist zwar in lichttechnischen Fachkreisen bekannt und mit der kürzlich vorgestellten Norm SIA 491 beschrieben – aber in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Dass einer der grössten Lebensmittelverteiler in seiner jüngsten Wochenzeitschrift die «schönsten» weihnächtlichen Fassaden und Gartenbeleuchtungen prämiert, ist unverständlich.

Es ist an der Zeit, dass in der Öffentlichkeit nicht nur der Lärm und die Luftverschmutzung, sondern auch die Lichtverschmutzung als schädliches Umweltproblem wahrgenommen wird. Es geht dabei nicht nur um die Störung nachtaktiver Tiere, sondern auch um Menschen, die sich im Schlaf gestört fühlen oder den nächtlichen Sternenhimmel nur noch vom Hörensagen kennen.

Und zusätzlich ist es ein energetisches Problem; denn nachts kommt der Strom nicht von der Photovoltaikanlage. Die

Tendenz zur nächtlichen Illuminierung aller möglichen Bauten und Anlagen ist zunehmend. Treiber sind vor allem die bereits sehr preiswerten – energetisch zwar effizienten – lichtemittierenden Dioden LED, die dazu verführen, das Brücklein des Dorfbaches nicht nur von oben, sondern auch noch von unten zu beleuchten. Und so wird sich mancher Gartenbesitzer motiviert fühlen, seine Gartenanlage auch nachts «im besten Licht» zu zeigen. Diesem zunehmenden nächtlichen Lichtermeer ist durch klar definierte, lichttechnische Vorgaben Einhalt zu gebieten.

Hans R. Ris, Neftenbach

## Auch Vegetarier sind inkonsequent

Wenn man davon ausgeht, dass man empfindsamen Tieren mit dem Töten einen Schaden zufügt, dann dürfe man kein Fleisch essen. Insekten schon eher, die seien nicht empfindsam, meint Professor Markus Wild (NZZ 24. 12. 13). Nicht nur die Inuit müssen töten, um zu überleben, auch die Bergbauern in der Schweiz, deren Tiere das Gras der Wiesen und Alpen fressen und es zu Fleisch und Milch veredeln. Für Menschen in Graslandregionen, Steppen- und Wüstengebieten, Gebirgen und anderen Gegenden sind Fleisch und Milchprodukte wichtige Nahrungsmittel. Denn das dort vorherrschende Gras kann vom Menschen nicht gegessen werden.

Das Wort «Vegetarismus» sei abzuschaffen, meint Wild, weil es in Verbindung gebracht werde mit «schwächlich» und «unmännlich». Ich würde eher sagen, Vegetarismus wird damit in Verbindung gebracht, dass er in seinen Überlegungen, keine Tiere zu essen und gegen das Töten zu sein, aber trotzdem Milchprodukte zu geniessen, nicht logisch und inkonsequent ist. Nur über die Geburt eines Jungtieres gibt es Milch und die daraus hergestellten Milchprodukte.

Weibliche Jungtiere werden meist zur Nachzucht aufgezogen, um selber ein Milch gebendes Muttertier zu werden. Männliche Tiere, ausser ein paar wenigen, die es zum Befruchten der weiblichen Tiere braucht, werden zu Fleischtieren und geschlachtet. Der Vegetarier verdrängt das und macht sich so zum Wohlstands-Rosinenpicker. Einzig die «vegane Ernährung» – der Verzehr von rein pflanzlichen Nahrungsmitteln – ist

konsequent, wenn man nicht will, dass Tiere getötet werden.

Georges Stoffel, Avers, Bergbauer

Vielen Dank für diesen wohlthuenden Bericht! Endlich wird die Ernährungsdebatte nicht nur auf akademisch-philosophischem Niveau geführt, sondern sogar ganzheitlich angegangen. Diese Denkanstösse und Argumentation gehören auf jeden Lehrplan, in jedes Bildungsinstitut, müssen in die Pädagogik einfließen! Mit kurzfristig oberflächlichen, blind egoistischen und rechtfertigend verteidigenden Tischaussagen wie: «Ich mag halt mein Fleisch», kommen wir nicht weiter. Denn: Wenn wir wirklich die Dinge zu Ende denken und nachhaltig und vernetzt handeln wollen, so schliesst dies schlichtweg Fleisch aus. Dem Tier zuliebe.

Klaus M. Künzig, Meilen

Wie kann ein einfacher Fleischfachmann mit einem solchen Artikel umgehen? Spricht man über Zirkustiere, über Fische, über Hunde-Menschen-Beziehung, die Liste ist lang. Als «Alternative zum Fleisch» wird hier hingegen überhaupt nichts Konkretes vorgeschlagen. Wie kann ein Philosoph der Universität Basel so an der Realität vorbeischiessen?

Markus Wild sollte sich Folgendes überlegen, wenn er ein Milchprodukt zu sich nimmt. Dazu braucht es eine Vieh- und Fleischwirtschaft. Tatsache ist, dass eine Kuh nicht nur Lieferant für Fondue, Schokolade oder Schuhe ist, sondern auch ein Lieferant von Fleisch. Sie ist ein Nutztier. Die Vermenschlichung der Tiere nimmt leider immer grössere Dimensionen an. Sogar klare Grenzen zwischen den Wildtieren, Nutztieren und Haustieren sind leider heute ein Tabu. Ich darf sagen, dass mein Berufsstand sich mehr für die Tiere und deren Schutz einsetzt, als allgemein bekannt ist. Dazu haben wir Fachleute, welche mit den Füssen auf dem Boden stehen.

Hansjürg Wagner, Zollikon  
ehemaliger Metzgermeister

Die Tiere haben es verdient, dass über die unzähligen Missstände im Umgang mit ihnen in der NZZ diskutiert wird. Und der Ethiker spricht Klartext, auch wenn er beispielsweise beim Thema Tierversuche bedenklich argumentiert. Nur die totale Abschaffung überzeugt. Man darf Tiere nicht einfach «verbrauchen», nur weil man einen Nutzen ver-

## Energiepolitischer Aktionismus

Der Zürcher Sololauf in der Energiepolitik gehört an der Urne gestoppt. Von Andreas Schürer

Zürcher Politiker verbreiten gerne Aufbruchstimmung. Geint drängen sie auf einen Innovationspark in Dübendorf. Im Alltag sind ihnen aber mehrheitlich doch Vorschriften näher als Forschergeist und Unternehmertum. Zeugnis davon ist die Kantonalzürcher Abstimmung über die Energiepolitik vom 9. Februar. Der Regierungsrat und eine knappe Mehrheit des Kantonsrats wollen den Gemeinden ein neues Instrument geben, um erneuerbare Energien zu fördern. Die Kommunen sollen in der Bau- und Zonenordnung Gebiete definieren können, in denen bei Neu- und Umbauten eine verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energien vorgeschrieben ist. Das tönt verführerisch. Die Gemeindeautonomie soll gestärkt werden – und das erst noch für einen guten Zweck. Bei genauerer Betrachtung entpuppt sich der Zauber als Zwängerei.

Mit Blick auf die nationale Entwicklung ist das Timing denkbar schlecht, da die Konkretisierung der Energiestrategie 2050 erst noch bevorsteht. Geklärt werden muss auch, wie der Wechsel von der gegenwärtigen Förderpolitik zu einem Lenkungssystem ausgestaltet werden soll. Richtig ist dabei, dass nicht mehr einzelne Technologien subventioniert, sondern fossile Energien wie Gas oder Heizöl verteuert werden sollen; die Umsetzung des ab 2020 geplanten Lenkungssystems ist aber noch offen. Ebenfalls noch nicht in trockenen Tüchern sind die neuen einheitlichen Richtlinien, die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich. In einem Aktionsplan verbrieft ist jedoch das Ziel der kantonalen Energiedirektoren, dass sich neue Gebäude ab 2020 im Bereich der Wärmeenergie ganzjährig selbst versorgen können und Anteile der Versorgung der Elektrizität übernehmen. In der Summe ergibt sich daraus: Die Zürcher Zonen für erneuerbare Energien bedeuten einen Sprint in Richtung eines Zieleinlaufs, der noch gar nicht eingerichtet ist. Schlicht überflüssig ist die Vorlage, wenn man die Ambitionen der Energiedirektoren zum Nennwert nimmt, weil sie sicher nicht über einzelne kommunale Zonen umzusetzen sind, sondern nur über eine gesamtheitliche Energiepolitik und über Anpassungen in den für solche Massnahmen vorgesehenen kantonalen Energiegesetzen.

Das Zürcher Zwang-Zonen einem Aktionismus geschuldet sind, verdeutlicht ein Blick auf ihre Entstehungsgeschichte. Am Ursprung stand ein parlamentarischer Vorstoss der Grünen, mit dem diese gefordert hatten, dass Gemeinden Anordnungen zur Nutzung von Sonnenenergie treffen können. Die Sonderbehandlung einer bestimmten Technologie hat der Regierungsrat in seinem nun zur Debatte stehenden Gegenvorschlag richtigerweise gestrichen. Anders als von den Bürgerlichen behauptet, ist die Ausweitung auf alle Formen von erneuerbaren Energien keine Verschärfung; sie kommt einer unstatthafter Bevorteilung der Photovoltaik zuvor und verhindert Ineffizienzen. Nicht korrigiert wird im Gegenvorschlag der Grundfehler der Vorlage: dass nämlich, ergänzend zum bestehenden Energiegesetz, das bei Neubauten Auflagen macht, neu auch über kommunale Zonenpläne Vorschriften erlassen werden können. Dies führt nicht nur zu Wildwuchs, solche Diktate zeugen letztlich auch von einer wenig liberalen und fortschrittsfeindlichen Haltung. Es deutet jedenfalls nicht auf Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit neuer Technologien hin, wenn deren politische Promotoren glauben, sie müssten Zwangsmassnahmen einsetzen. Die Politik sollte besser dafür besorgt sein, dass es für Hauseigentümer attraktiv und letztlich auch wirtschaftlich ist, auf erneuerbare Energien zu setzen, zum Beispiel durch baurechtliche Zugeständnisse bei der Erreichung von definierten Energiezielen. Und die Politik sollte Innovationen fördern. Im Zusammenhang mit einem Leuchtturm-Projekt in Dübendorf bewies die Zürcher Regierung, dass sie diesen Weg einschlagen will: Sie unterstützt das grossangelegte Pilotprojekt «Nest» mit 20 Millionen Franken. Mit dem ehrgeizigen Vorhaben soll nicht weniger als die Bau- und Gebäudetechnologie von morgen entwickelt werden. Solche Innovationen braucht das Land. Zonen für erneuerbare Energien sind dagegen kleinkrämerisch und bringen wenig.

mutet, der im Falle von Tierversuchen nicht einmal besteht.

Renato Werndli, Eichberg

## SBB und DB am Hochrhein

Zum Bericht über die Perspektiven der Hochrheinlinie Schaffhausen-Waldshut-Basel (NZZ 19. 12. 13) ist Folgendes zu bemerken: Die Züge der neuen S-Bahn Schaffhausen werden nicht nur «von einer SBB-Tochter» gefahren, sondern es verkehren im Grundangebot Züge von SBB und DB jeweils stündlich und ergeben so ein halbstündliches Angebot mit allen Zwischenhalten zwischen

Schaffhausen und Erzingen. Übrigens wurde die Strecke von der DB zwischen Basel und Waldshut durchgängig zweigleisig ausgebaut, also auch im Bereich Laufenburg.

In diesem Beitrag wird Reto Dubach als Schaffhauser Regierungsrat zitiert mit der Äusserung, dass «aufgrund unserer Erfahrung es Sinn macht, wenn die SBB die Strecke betreiben würden», ohne weiter darauf einzugehen, wie Dubach zu dieser Einschätzung kommt. Immerhin ist «Stellwerkstörung» das Schweizer Wort des Jahres 2013. Und die Restriktionen einer teilweise eingleisigen Strecke bestehen unabhängig davon, ob die Fahrzeuge elektrisch oder mit Diesel angetrieben werden oder ob die Züge von der DB, den SBB oder einem anderen Verkehrsunternehmen gefahren werden.

Rainer Geschke, D-Karlsruhe